



DER ÜBERSEE-CLUB e.V.



Gaston Thorn (1928–2007)

- 1959–69 Mitglied des Europäischen Parlaments
- 1974–79 Luxemburgischer Premierminister
- 1975–76 Präsident der Generalversammlung der Vereinten Nationen
- 1981–85 Präsident der Europäischen Kommission

DR. GASTON E. THORN

Präsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaften

DREI JAHRZEHNTEN EUROPAISCHE GEMEINSCHAFT – AUF DEM WEG IN DIE ZWEITE GENERATION

VORTRAG AM ÜBERSEETAG, 6. MAI 1983



Lieber Herr Präsident, Herr Bürgermeister, Herr Bundesminister,
meine Damen und Herren!

Es ist für mich – ich möchte sagen – Freude und Ehre zugleich, heute – zum 34. Übersee-Tag – unter Ihnen zu sein und zu Ihnen zu sprechen. Lassen Sie mich Ihnen daher herzlich für ihre freundliche Einladung nach Hamburg danken, die für mich zugleich ein Wiedersehen mit dem Übersee-Club bedeutet.

Die internationale Zusammenarbeit auf allen Gebieten zu pflegen und als Forum der Aussprache zu dienen zwischen Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Kunst, über Landesgrenzen, Parteiunterschiede und Weltanschauungen hinweg, das ist das Anliegen Ihres Clubs. Eine große, ja weiß Gott, eine schwere Aufgabe. Doch beweist das hohe Ansehen, das der Club in der Welt genießt, besser als alles andere, daß er es verstanden hat, seinen Idealen treu zu bleiben. Dazu möchte ich Ihnen meine Hochachtung und meine ehrliche und volle Sympathie aussprechen.

Im vergangenen Jahr, Herr Präsident, feierte der Übersee-Club sein sechzigjähriges Bestehen. 1982 war auch für die Europäische Gemeinschaft ein Jubiläumsjahr. Vor 25 Jahren wurden die Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft unterzeichnet. Sechs Jahre zuvor wurde die erste europäische Gemeinschaft, die Montanunion, gegründet. Drei Jahrzehnte europäische Gemeinschaft! Das klingt nach einer sehr langen Zeit. Und doch

ist es, um ein Wort Jean Cocteaus aufzugreifen, „un clin d’oeil de l’histoire“ – ein Augenblick in der Weltgeschichte. Was sind dreißig Jahre im Vergleich zu den Jahrhunderten europäischer Geschichte, in denen sich in Europa die Nationalstaaten mit ihren unheilvollen Allianzmethoden tummelten, in denen blutige Bruderkriege an der Tagesordnung waren, in denen Feindschaft, ja Erbfeindschaft gepredigt wurde? Als Winston Churchill 1946 in Zürich vor diesem Hintergrund forderte – und ich zitiere ihn – : „Wir müssen etwas wie die Vereinigten Staaten von Europa schaffen!“, da war dies eine Art Wette, eine Wette gegen die Vergangenheit auf die Zukunft Europas. Es war in seinen Worten der Wille zur Wende.

Das oberste Ziel damals war der Frieden. In Frieden leben, das war – besonders 1946 – das tiefe Bedürfnis unserer Völker, den Frieden schaffen und sichern, das große Ideal jener Politiker wie Jean Monnet, Robert Schuman, Alcide de Gasperi, Konrad Adenauer und Paul Henri Spaak, die zu den sogenannten Gründungsvätern der Europäischen Gemeinschaft zählen. Frieden, das bedeutete für sie auch Freiheit und Demokratie. So waren sie entschlossen, die Grundsätze der pluralistischen Demokratie zu verteidigen gegen die Absichten und Versuchungen von Menschen und Staaten, sich gegenseitig zu unterdrücken.

Aber der Wille zur Einheit in Frieden und Freiheit allein genügt nicht. Auch das lehrt die Geschichte. Nur wenn es gelingt, die materielle – und das wissen Sie, meine Damen und Herren – , die wirtschaftliche Basis zu schaffen, auf der das Ideal sich verwirklichen kann, dann erst verliert es das Spekulative, kann es die nötige Breitenwirkung erzielen.

In diesem Sinne war die Gründung der Europäischen Gemeinschaft in den fünfziger Jahren ein entscheidender Schritt vorwärts, ein geschichtlicher Wendepunkt von europäischer Dimension. Damit wurde ein Rahmen geschaffen, der den Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten bessere Entwicklungschancen bietet, als dies in den engen nationalen Grenzen jemals möglich gewesen wäre. Wachsender Wohlstand im Innern und steigendes Ansehen in der Welt waren die Folgen, aber auch, und das ist wichtig, ein zunehmendes Aufeinander-angewiesen-Sein zwischen unseren europäischen Ländern. Und wenn heute, ein Vierteljahrhundert nach Abschluß der Römischen Verträge, ein Krieg zwischen den Bürgern Europas, also ein europäischer Bürgerkrieg, für unsere Kinder nur noch ein unverständlicher Alptraum aus vergangenen Zeiten ist, dann ist dies gewiß – wenn auch nicht exklusiv – so doch auch ein Verdienst des europäischen Einigungswerkes. Und ich hoffe, meine Damen und Herren, daß Sie mit mir einverstanden sind, daß das nicht der geringste Verdienst des europäischen Einigungswerkes ist.

Diese Politik hat – leider nur in Westeuropa – die Zerstückelung durch nationale Grenzen, wenn auch nicht völlig abgeschafft, so doch spürbar entschärft. Für weite Bereiche unseres politischen und wirtschaftlichen Alltags ist Europa heute eine Realität. Ja, die Gemeinschaft hat in nur dreißig Jahren Maßstäbe gesetzt, wie sie unmittelbar nach dem Krieg schlachtweg unvorstellbar waren.

Die Abschaffung der Handelsschranken und die Verschmelzung zum größten freien Markt der Welt mit über 270 Millionen Verbrauchern haben uns einen ungeahnten wirtschaftlichen Aufschwung ermöglicht. Rund die Hälfte des Handels unserer Mitgliedsstaaten spielt sich heute in diesem sogenannten gemeinsamen Markt ohne Zölle und ohne mengenmäßige Beschränkungen ab. Er hat sich als eine Zone interner Handelsstabilität gerade in der Wirtschaftskrise der letzten Jahre mit weltweit zunehmenden protektionistischen Tendenzen trotz allem bewährt. Sie in der Bundesrepublik Deutschland, dem bei weitem exportstärksten Land der Gemeinschaft, werden die daraus resultierenden Vorteile hoffentlich am besten zu schätzen wissen. Mit nur 6 Prozent der Weltbevölkerung erbringt die Gemeinschaft heute rund 25 Prozent der Welt-Wirtschaftsleistung. Sie zählt zu den höchstentwickelten und reichsten Regionen der Erde. Noch immer! 1960 lag das Sozialprodukt der zehn noch 50 Prozent unter dem der Vereinigten Staaten, 1980 hat es das der USA praktisch erreicht.

Schließt man den innergemeinschaftlichen Handel ein, so hat die Gemeinschaft heute einen Anteil von beinahe 40 Prozent am Welthandel. Ohne den innergemeinschaftlichen Handel sind es immerhin noch etwa 22 Prozent. Die Gemeinschaft ist

damit der größte Handelspartner in der Welt. Auch hier zum Vergleich die Vereinigten Staaten: Die Vereinigten Staaten liegen bei einem Anteil von 14 Prozent, wir bei 22 Prozent.

Schließlich ist die Gemeinschaft heute der wichtigste Partner für die Dritte Welt. Rund 40 Prozent aller öffentlichen Welt-Entwicklungshilfe stammen aus der Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten, also aus zehn Ländern. Allein über die EG-Institutionen fließen jährlich fast vier Milliarden DM in die Länder der Dritten Welt. Zugleich ist die Gemeinschaft für diese Staaten der bei weitem wichtigste Absatzmarkt. Und das Kooperationsabkommen von Lomé, das uns mit über 60 Ländern der Welt, aus Afrika, der Karibik und des Pazifiks, verbindet, gilt weltweit in vielerlei Hinsicht als ein entwicklungspolitisches Modell. Nie hätte ein einzelner europäischer Nationalstaat nach der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges auch nur annähernd eine vergleichbare weltweite Bedeutung erlangen können, auch nicht addierend zwischen unseren Ländern.

Es ist klar, meine Damen und Herren, daß diese Entwicklung nicht ohne Echo von außen blieb. Ein kurzer Blick auf die Terminkalender der großen internationalen Konferenzen der Gegenwart läßt keinen Zweifel daran, daß die Gemeinschaft inzwischen in allen Wirtschaftsfragen ein wichtiger Gesprächspartner geworden ist. Nicht nur in Handelsfragen, sondern auch in Fragen der Energiewirtschaft, der nuklearen Versorgung, der Fischerei, der Welternährungsprobleme, der Nahrungsmittelhilfe, der Entwicklungshilfe, der Rohstoffpolitik, der Wissenschaft und Forschung, der Technik und des Umweltschutzes, um nur einige Beispiele zu nennen.

Über hundert Länder unterhalten heute mit unserer Gemeinschaft als solcher diplomatische Beziehungen. Sie ist bei den großen internationalen Organisationen, wie bei der UNO, verschiedenen UNO-Unterorganisationen und der OECD vertreten und nimmt seit 1979 an den Wirtschaftsgipfeln der sieben großen westlichen Industriestaaten teil.

Ein gemeinsames Vorgehen, im Innern wie nach außen, ist für Europa – scheint mir – nicht nur vorteilhaft, sondern geradezu existenznotwendig. Mittel- und langfristig gesehen ist es die einzige reelle Entwicklungschance überhaupt, die wir haben. Und zwar aus drei Gründen:

Erstens: Die Gemeinschaft bietet uns mit ihrer kontinentalen Dimension im Innern erst die Voraussetzungen dafür, nach außen im Wettbewerb mit anderen Industriemächten überhaupt bestehen zu können. Angesichts der weltweiten Anpassungskrise, der massiven Wirtschaftsverlagerungen, des Abbaus der Zölle und der riesigen Handelsströme über Kontinente hinweg gilt für uns heute mehr denn je die Parole Robert Schumans gegen Isolierung für eine offene Gemeinschaft. „Wir müssen“, so sagte er vor mehr als zwanzig Jahren, „uns einer Konkurrenz stellen, die wir nicht vermeiden können; unsere gesamte Wirtschaft muß sich diesem Test gewachsen zeigen und sich den neuen Umständen eines Wettbewerbs und einer Zusammenarbeit in Frieden anpassen.“

Das ist zweifellos ein gewaltiges Programm. Die internationalen Abhängigkeiten im politischen, im wirtschaftlichen, aber auch – sagen wir es offen – im militärischen Bereich lassen eine gemeinsame Dimension der Schwierigkeiten für die Länder Europas entstehen. Wenn wir ihnen wirkungsvoll begegnen wollen, das heißt, ohne nationalistischen Protektionismus, aber auch ohne uns gegeneinander ausspielen zu lassen, dann gibt es keine andere Wahl: Wir müssen kohärente Lösungen auf Gemeinschaftsebene erarbeiten. Dies ist vielleicht die letzte Chance für die Zukunft Europas. Es wäre töricht, sie heute nicht zu nutzen.

Zweitens: Die Gemeinschaft verleiht Europa in einer von Kontinentalmächten beherrschten Welt ein größeres Gewicht. Die meisten Probleme, denen wir uns gegenübersehen, haben eine internationale Dimension. Wer weiß es nicht. Und bei jeder Verhandlung auf dieser Ebene sind Wirtschaftseinheiten beteiligt und sitzen uns gegenüber, die an Größe und Einfluß jeden europäischen Nationalstaat bei weitem übertreffen, auch den größten unter uns. Gemeinschaft wird hier deshalb lebens- und – ich möchte das besonders in diesem Lande sagen – überlebensnotwendig. Als Gemeinschaft war es möglich, bei unseren Außenhandelspartnern eine Selbstbeschränkung der Stahl- und Textileinfuhren durchzusetzen und so der europäischen

Industrie Luft für die notwendigen Anpassungen oder für die gewünschten europäischen Anpassungen zu verschaffen. Als Gemeinschaft – nur als Gemeinschaft – konnten wir unseren Handelsinteressen im GATT Geltung verschaffen. Als Gemeinschaft – nur als Gemeinschaft – konnten wir uns bei den Auseinandersetzungen um Stahl und Erdgasröhren wirksam gegen die USA – unseren größten Verbündeten – durchsetzen. Und als Gemeinschaft ist es uns zuletzt gelungen, Japan zu einer mehr oder weniger ausgeglichenen Handelspolitik zu bewegen. Als Gemeinschaft, meine Damen und Herren, nicht im Alleingang europäischer Nationalstaaten, wie es im Falle Japans lange Zeit vergeblich versucht wurde. Die Erfahrung beweist: Europa muß mit einer Stimme sprechen, wenn es überhaupt Gehör finden will.

Drittens: Der Platz, den die Gemeinschaft sich im internationalen Gefüge erworben hat, ist Herausforderung und – Gott sei Dank – Chance zugleich. Denn die Welt ist im Umbruch, und wir sollten es wahrnehmen. Es gilt eine neue, weltumspannende Wirtschaftsordnung zu entwickeln, die den heute bestehenden Interdependenzen von globalem Ausmaß Rechnung trägt und die Gleichberechtigung und Partnerschaft zu ihren Grundprinzipien macht.

Ende dieses Monats wird in Williamsburg der nächste westliche Wirtschaftsgipfel stattfinden. Deutschland, Frankreich, Italien und das Vereinigte Königreich werden als die relativ großen – im Vergleich zu den USA und Japan aber doch kleinen – europäischen Industrienationen teilnehmen. Die Zehnergemeinschaft insgesamt wird jedoch ebenfalls aktiv vertreten sein. Durch die Präsidenten von Rat und Kommission. Die Präsidentschaft des Rates ist diesmal in deutscher Hand, und ich werde die Kommission vertreten.

Vier Regierungschefs und der Präsident der Kommission, das ist gewiß – relativ gesehen, das muß man ins Auge fassen – eine starke Vertretung Europas. Wenn sie ihre Verantwortung, Europas Rolle in der Welt, nicht erkennen würden, dann frage ich mich, wer sie sonst erkennen sollte. Die künftige Entwicklung der Weltwirtschaft: Zum erstenmal seit langer Zeit zeichnet sich heute ein Silberstreif am ökonomischen Horizont ab. Aber diese ersten Anzeichen für einen beginnenden Wiederaufschwung erlauben noch keine Euphorie – im Gegenteil, so glaube ich: Noch wiegen die Risikofaktoren schwer. Dazu gehört die nach wie vor ungewisse Entwicklung der Zinsen in den USA, die infolge des hohen amerikanischen Haushaltsdefizits bei relativ restriktiver Geldpolitik immer noch beunruhigend hoch sind.

Dazu gehört die desolate finanzielle Situation zahlreicher Entwicklungsländer, in die beinahe 40 Prozent unserer Ausfuhren gehen. Und das müssen wir unseren amerikanischen Freunden sagen; denn bei ihnen ist das nicht dasselbe. Hohe Verschuldung und ernste Zahlungsbilanzprobleme werden die Entwicklungsländer auch 1983 zwingen, ihre Einfuhren zurückzuschrauben. Dazu gehören schließlich die wachsende Empfindlichkeit des internationalen Kreditsystems, die weltweite Unsicherheit bei den Wechselkursen und die überall wiedererwachten protektionistischen Tendenzen.

In meinen vorbereitenden Gesprächen mit Bundeskanzler Kohl und Präsident Reagan ist es mir in den letzten vierzehn Tagen noch einmal deutlich geworden, daß wir hier die Prioritäten setzen müssen. Die breite Übereinstimmung, die wir erreichen konnten – trotz, na sagen wir es ehrlich, manchmal abweichender Auffassungen über Akzente – hat mich ermutigt. Williamsburg kann ein Erfolg werden. Ich habe den Eindruck, daß ein jeder von uns sich dessen bewußt ist. Ja, es muß ein Erfolg werden.

Es muß, denn es wird ein Prüfstein sein für die Handlungsfähigkeit und für die Kooperationsbereitschaft der großen westlichen Industrienationen. Wir können, wir dürfen uns nicht noch einen Fehlschlag leisten nach Versailles, indem wir uns mit Randproblemen, wie Weizenexporten, Röhrengeschäften, Erdgaseinfuhren, herumschlagen und dabei die Zukunft der westlichen Welt aufs Spiel setzen. Die Gemeinschaft ist deshalb fest entschlossen, die Gespräche auf die wesentlichen Probleme und ihre Lösungen zu konzentrieren. Sie wird sich durchsetzen können, wenn in Williamsburg die fünf europäischen Gesprächspartner tatsächlich ein und dasselbe Europa vertreten. Es wäre dies ein starkes, denn ein überzeugendes Europa, dessen Botschaft mit Sicherheit Gehör fände.

Stärke nach Außen und Verantwortung in der Welt setzen Einigkeit im Innern voraus. Lassen Sie mich deshalb jetzt den Blick von den Außenbeziehungen der Gemeinschaft auf ihren inneren Zustand richten. Meine Ausführungen hierzu werden manchen unter Ihnen wie ein Kontrastprogramm zu dem erscheinen, was ich Ihnen zu Europas Rolle in der Welt vorgetragen habe. Doch entspricht dieser Kontrast – leider, muß ich sagen – der Realität. Und weil er der Realität entspricht, ist er so gefährlich für die Zukunft Europas.

Seit nunmehr schon vier Jahren befindet sich die Wirtschaft unserer Gemeinschaft in einer Phase anhaltender Stagnation, man kann schon sagen: einer Rezession. Immer weniger wird für produktive Investitionen ausgegeben, und die Gefahr ist groß, daß wir in einen zunehmenden technologischen Rückstand geraten, vor allem im Vergleich zu den Vereinigten Staaten von Amerika und Japan. Europa altert, nicht nur demographisch – was an sich schon ein schweres Problem ist und nur allzu leicht verkannt wird –, sondern auch wirtschaftlich. Ganze Regionen sehen ihre industrielle Basis erschüttert. Es werden weniger neue Arbeitsplätze geschaffen, als alte zerstört werden, und das Millionenheer der Arbeitslosen wächst nun schon – zum erstenmal in unserer Geschichte – im elften Jahr. 1983 geht es auf die 13-Millionen-Grenze zu. Das will sagen, daß diese Arbeitslosen mit ihren Familien in der Gemeinschaft der Zehn zunehmend eine Welt im Abseits formen.

Die wechselseitigen Abhängigkeiten im Innern und die gemeinsame Verankerung im Weltwirtschaftssystem fordern heute geradezu heraus, sich nicht in nationalistische Eigenbröteleien zu verstricken, sondern all die Vorteile voll zu nutzen, die eine echte Solidargemeinschaft von wirklich ehrlichem kontinentalen Ausmaß zu bieten vermag, und folgerichtig die europäische Integration auszubauen. Haben unsere Regierungen das vergessen, daß wir auch Nutzen aus Europa ziehen sollten?

Ich bin überzeugt, daß die Krise in Europa anders, weniger verhängnisvoll hätte verlaufen können, wäre das europäische Einigungswerk rechtzeitig und energisch genug vorangebracht worden. Das ist nicht ein Wunschtraum, das ist die klare Erkenntnis meiner Arbeit in Brüssel, wo ich die Zahlen auf dem Tisch liegen habe. Wie lange schon hätte zum Beispiel der gemeinsame Binnenmarkt vollendet werden können im Interesse eines jeden Landes! Wie lange schon hätte die gemeinsame Agrarpolitik den veränderten Verhältnissen unserer Überschußproduktion angepaßt werden müssen! Wie lange schon brauchen wir so dringend eine echte Wirtschafts-, eine Währungs-, eine Sozialunion! Wie lange schon warten wir auf neue – gemeinsame – Politiken für die Bereiche Energie, Industrie und Innovation neben der Agrarpolitik!

Die so oft beklagte Handlungsschwäche der Europäischen Gemeinschaft – genauer gesagt, ich entschuldige mich, Herr Bundesminister, ihres entscheidenden Organs, des Ministerrates – spiegelt letzten Endes aber nur die Schwäche unserer jeweiligen Mitgliedsregierungen wieder. Innenpolitische Erfolgswänge bestimmen in den letzten Jahren zunehmend die europäische Szenerie und lähmen die gemeinsame Handlungsfähigkeit. Ergebnis: Die Gemeinschaft präsentiert sich immer mehr als eine Krisengemeinschaft von Staaten, die zwar aufeinander angewiesen sind – und dies auch wissen und dies auch sagen –, die aber weder gemeinsam noch isoliert in der Lage sind, ihre Probleme zu lösen. Die zwar mühsam noch ihren Besitzstand nach außen verteidigen, aber im Innern zu keiner konstruktiven Leistung mehr fähig sind. Dies müssen wir ändern!

Nun könnte man sich, wie Helmut Schmidt einmal gesagt hat, als pragmatischer Politiker – und ich zitiere ihn – „mit der Erkenntnis zufriedengeben, Europa werde sich eben von Krise zu Krise entfalten“. Er hat mir gesagt: „Wir kennen nur einen Fortschritt: im Krisenstimmungsmachen. Aber“, fügte er hinzu, „wir laufen dabei die Gefahr, daß die politische Basis für unsere Europapolitik erodiert, die doch ein Kernstück der Zusammenarbeit aller westlichen Demokratien bleibt. Es kann aus den Anpassungskrisen der Europäischen Gemeinschaft durchaus, und durchaus schnell, eine Krise der Zusammenarbeit unter den westlichen Demokratien werden.“ Soweit Helmut Schmidt.

Wenn wir im Kampf gegen Arbeitslosigkeit und industriellen Rückgang bestehen wollen, dann gilt es jetzt ganz entscheidend, die Investitionstätigkeit in der Gemeinschaft anzukurbeln und einen Wachstumsprozeß in Gang zu bringen, ohne dabei jedoch die Inflation wieder neu anzuheizen. Das Beschäftigungsproblem läßt sich nur durch zusätzliche Investitionen dauerhaft lösen. Jede technologische Entwicklung setzt – das weiß ein jeder von Ihnen, meine Damen und Herren – Investitionen voraus. Nur durch Investitionen läßt sich das industrielle Potential der Gemeinschaft erneuern, nur durch Investitionen kann unsere Wettbewerbsfähigkeit langfristig verbessert werden. Mit ihrem riesigen Binnenmarkt – 270 Millionen, morgen im Falle einer Erweiterung über 300 Millionen Menschen –, mit der starken Verflechtung im Innern und dem gemeinsamen Interesse nach außen, mit ihren eigenen Haushalts- und Finanzinstrumenten bildet die Gemeinschaft einen nahezu idealen Rahmen, um die Investitionen anzukurbeln und den wirtschaftlichen Aufschwung einzuleiten. Man darf aber nicht nur von den anderen etwas erwarten. Man muß auch selbst etwas mit in das Haus hineinbringen und nicht nur fragen: Was machen die anderen?

Dazu brauchen wir – morgen, heute – eine Industriepolitik, die der europäischen Dimension endlich Rechnung trägt. Drei große Ziele muß die Gemeinschaft hier vor Augen haben: *Erstens*: die Vollendung des Binnenmarktes; die Amerikaner haben so lange um ihren Markt gekämpft, wir müssen unseren Binnenmarkt jetzt endlich vollenden; *zweitens*: die Umstrukturierung der wirtschaftlich schwachen Sektoren; und *drittens*: die verstärkte Entwicklung von Branchen mit wirklich guten Wachstumsaussichten. Das sind die drei Pfeiler der möglichen Entwicklung.

Vollendung des europäischen Binnenmarktes, das bedeutet: Abbau noch bestehender Handelshemmnisse, Vereinfachung von Formalitäten, Entwicklung einer gemeinsamen Transportpolitik, Schaffung eines einheitlichen rechtlichen Umfeldes für die Unternehmen, Beseitigung von Wettbewerbsverzerrungen. Das mag für viele als ein ehrgeiziges, aber ich hoffe in Hamburg doch als ein notwendiges Programm erscheinen. Dies gilt, wegen der Kostenvorteile und der Sicherheit, die der freie Zugang zu einem großräumigen Markt bietet, für alle Branchen und für alle Unternehmen: für Großunternehmen und Industriekonzerne, aber auch – und das ist wichtig – für die mittelständische Wirtschaft, die oft über weniger Mittel und Verbindungen verfügt und deshalb oft schwerer mit den vielfältigen Tricks nationaler Marktabschottung fertig wird. In ihrer aller Interesse müssen wir in diesem Jahr alles tun, um den Kampf um den Binnenmarkt zu gewinnen. Das ist unser europäischer Markt.

Die Vollendung des einheitlichen Marktes muß durch eine Industriestrategie ergänzt werden, die einen ähnlichen Anreiz zur Modernisierung der Industrie bietet wie einstmal – vor 25 Jahren – die Abschaffung der Zölle und die Einführung eines gemeinsamen Außenzolltarifs. Ein erster Schritt hierzu ist die Anpassung der wirtschaftsschwachen Sektoren, die wie der Stahlbereich eine Schlüsselfunktion innehaben. Ihre Wettbewerbsfähigkeit zurückzugewinnen, bedeutet, das Vertrauen – besonders, und daran liegt mir sehr – in unsere industrielle Basis wiederherzustellen. Doch machen wir uns keine Illusionen: Umstrukturierung, das heißt nicht selten, das heißt meistens Abbau von Produktionskapazitäten und Modernisierung bestehender Anlagen. Will man eine dauerhafte Gesundung in dieser strukturellen, nicht konjunkturellen Krise, dann verlangt dies Opfer, und die muß man bringen, von der Industrie wie von den betroffenen Arbeitnehmern. Gerade deshalb muß die Gemeinschaft darauf achten, daß die Anpassung in verantwortlicher Weise geschieht: ohne Wettbewerbsverzerrungen oder künstliche Zementierung bestehender Situationen, die geschaffen wurden durch nationale Beihilfen; aber mit sozialer Absicherung der betroffenen Menschen. Deshalb brauchen wir eine europäische Industrie- und eine europäische Sozialpolitik.

Die Stahlkrise ist hierzu ein Beispiel. Aber auch der Schiffbau steckt in einer tiefen strukturellen Anpassungskrise. Sie dauert nun schon etwa zehn Jahre, und der Anteil unserer Europäischen Gemeinschaft am Weltschiffbau ist in dieser Zeit – brauche ich das hier zu sagen? – von über 50 auf 20 Prozent gesunken. Doch liegen die Weltkapazitäten noch immer 40 Prozent über der Nachfrage. Die Folge ist ganz einfach: ein harter und nicht selten ruinöser Wettbewerb weltweit. Wie so oft haben die

Mitgliedstaaten der Gemeinschaft zunächst einmal versucht, jeder für sich mit der Krise fertig zu werden. Hier und da leider auch mit Methoden, die weder in einen echten europäischen Binnenmarkt passen noch etwas mit freiem Wettbewerb überhaupt zu tun haben.

Und der Erfolg? Meine Damen und Herren, sehen Sie ihn? Ich nicht. Nein. Die Kommission hat daher den Rat im März dieses Jahres mit Leitlinien befaßt für ein umfassendes Programm zur Umstrukturierung des Schiffbaus in der Gemeinschaft. Wir können in Europa nicht auf eine solide eigene Produktionsbasis im Schiffbau verzichten. Mit Kapazitätsabbau allein ist es deshalb nicht getan. Vielmehr geht es in Zukunft um eine spürbare qualitative Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und damit auch der Rentabilität unserer Werften, was viele Leute immer vergessen. Nur bessere Abstimmung in der Gemeinschaft, enge grenzüberschreitende Kooperation zwischen den betroffenen Unternehmen sowie die volle Nutzung des Binnenmarktes können da weiterhelfen, nicht national-egoistische Abschottung und nicht der Versuch, sich gegenseitig auszubooten. Disziplin und Transparenz bei den nationalen Beihilfen und unternehmerische Initiative zur europäischen Zusammenarbeit, darin sehe ich persönlich einen Ansatz für eine wirkliche Neuorientierung. Er sollte einmünden in eine umfassende gemeinschaftliche Schifffahrtspolitik. Die Möglichkeiten hierfür werden zur Zeit in meiner Kommission geprüft.

Es wäre allerdings falsch, die gemeinsame Industriepolitik auf Sektoren in der Krise zu beschränken. Im Gegenteil: Wir müssen alles daran setzen, jene Industrien systematisch zu fördern, die auch langfristig gesehen Wachstum erwarten lassen oder neues Wachstum erbringen. Neue Spitzentechnologien der Mikroelektronik, der Informations- und Biotechnologie sind voranzubringen, wenn europäische Industrien an dem enormen Aufschwung teilhaben sollen, der in den nächsten Jahren auf diesen Gebieten erwartet wird. Wenn wir in diesen Schlüsselsektoren des Fortschritts den Anschluß an die Weltspitze nicht verpassen wollen, dann müssen wir zunächst einmal ganz erhebliche Anstrengungen in Forschung und Entwicklung unternehmen.

Wissen Sie aber, wie wichtig hier die öffentliche Hand ist? Ihre Bedeutung als Käufer nimmt jedes Jahr zu und beträgt heute fast 60 Prozent des Umsatzes. Was können wir noch in Informatik, Büromatik und auf all diesen Sektoren tun, wenn die öffentlichen Ausschreibungen nicht europaweit geöffnet sind? Heute kann Frankreich – um ein Ihnen ferner liegendes Beispiel zu nennen – eher ein „train à grande vitesse“ in Japan verkaufen, als eine Chance zu haben, eine Lokomotive an die Bundesbahn zu verkaufen. Und Philips wird sich mit Japan und Amerika zusammentun, weil sie kein einziges Telefon an Frankreich verkaufen können. Und das nennen wir dann Binnenmarkt.

Auch hier, meine Damen und Herren, ist die europäische Dimension unverzichtbar. Wußten Sie zum Beispiel, daß die Regierungen der EG-Staaten jede für sich in den siebziger Jahren zwar doppelt soviel Mittel für Forschung und Entwicklung aufgewendet haben wie die Japaner, daß aber die Japaner viermal so viele Patente anmelden konnten? Warum? Weil wir unsere Mittel vergeudet haben, weil jeder Mitgliedstaat glaubte, es allein schaffen zu können, und keiner so recht wußte, was der Nachbar tat, es auch nicht wissen wollte und erst recht nicht sagen wollte, was er selbst unternahm. Darum. Und damit müßte Schluß sein, wenn wir einen neuen Start nehmen wollen. Wir schulden den Steuerzahlern der Gemeinschaft und hier insbesondere der Bundesrepublik, daß vernünftig mit ihrem Geld gewirtschaftet wird. Deshalb will meine Kommission ein europäisches Rahmenprogramm für Forschung und Entwicklung in den achtziger Jahren, in dem sämtliche einzelstaatlichen und gemeinschaftlichen Initiativen zusammengefaßt werden. Rund 10 Milliarden DM sehen wir dafür von Seiten der Gemeinschaft vor. Unser Ziel ist es, die technologische Entwicklung zu fördern und unsere Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, kurz: endlich den Durchbruch für Europa, für eine moderne Industrie von wahrhaft europäischer Dimension zu schaffen. Deshalb, meine Damen und Herren, brauchen wir eine gemeinsame europäische Industriepolitik. Und bitte: jetzt, nicht morgen; in zehn Jahren ist es zu spät. Die industrielle Strategie der Gemeinschaft und die Vollendung des Binnenmarktes gehören zu den Themen, die auf dem nächsten europäischen Gipfeltreffen in Stuttgart zur Debatte stehen. Dann wird auch von den Mitteln zur Verwirklichung dieser Ziele die Rede sein.

Das ist in der Tat – besonders in diesem Lande – ein kritischer Punkt. Ich sehe mit Schrecken die buchhalterische Engstirnigkeit, mit der manchmal die Zahlen gedreht und gewendet werden. Entscheidende Vorteile, die die Gemeinschaft bringt, lassen sich – Sie wissen es doch – nicht einfach auf bloße Zahlungsströme aus der Brüsseler Kasse reduzieren. Und wenn die reichereren Regionen in der Gemeinschaft den ärmeren in ihrer Entwicklung helfen, dann nenne ich das nicht Zahlmeisterei – entschuldigen Sie –, dann nenne ich das Solidarität. Eine Solidarität, so scheint mir, von der letztlich – und das ist doch so in der Welt – auch die Helfer profitieren werden. Deshalb wäre es fatal, wollten wir unter Europäern die Debatte um die Zukunft Europas auf „Nettosalden“ und „Plafonds“ reduzieren. Dann können wir auch gleich hergehen und die Römischen Verträge zerreißen. Das muß ein jeder wissen.

Verstehen Sie mich bitte richtig: Ich bin mit allen Steuerzahlern der Gemeinschaft entschieden für eine sparsame Mittelverwendung. „Gut haushalten“ bedeutet, klare Prioritäten aufzustellen und danach zu handeln, Ausgabenwildwuchs zu beschneiden, wo immer das möglich ist – das habe ich so seit 25 Jahren gehalten –, und die vorhandenen Mittel auf das Wesentliche zu konzentrieren. Deshalb hat meine Kommission ein umfassendes Programm für die achtziger Jahre mit deutlichen Schwerpunkten vorgelegt, deshalb hat sie eine durchgreifende Reform der gemeinsamen Agrarpolitik vorgeschlagen. Ich hoffe, daß aber nicht nur der deutsche Kanzler, sondern auch der deutsche Ernährungsminister hier mithalten wird. Deshalb drängt meine Kommission immer wieder aufs neue darauf, daß endlich etwas geschieht.

Vorgestern haben wir unsere Vorschläge für eine Aufstockung der Eigenmittel der Gemeinschaft unterbreitet. Fünf Überlegungen waren dabei bestimmend. Es tut mir leid, es sind deren fünf; es wird ein bißchen länger dauern.

Erstens: Ausbau und Erweiterung der Gemeinschaft sind ohne solide finanzielle Basis eine Illusion. Wer wirklich mehr Europa will, wer die Gemeinschaft festigen und ausbauen will, wer für ihre Erweiterung ist, der muß auch bereit sein, dieser Europäischen Gemeinschaft eine notwendige finanzielle Autonomie, ja Flexibilität zuzugestehen. Dies kann mit gutem Gewissen geschehen. Denn es besteht kein Zweifel, daß sich viele Aufgaben einfach rationeller auf Gemeinschaftsebene lösen lassen als getrennt. Ausgaben für Europa sind auch von daher gesehen rentable Investitionen in unsere Zukunft. Und wenn Leute in irgendeiner Regierung dies beanstanden sollten, dann würde ich denen entgegnen: Es gab schon Fehlinvestitionen und Fehlhilfen an Oststaaten, an Südstaaten, an Nordstaaten. Die Investitionen, die unsere Länder in Europa und in den Frieden in Europa gemacht haben, waren die einzigen guten Investitionen, die wir je gemacht haben.

Zweitens: Erweiterung und Anpassungsfähigkeit der finanziellen Basis dürfen nicht zu einem Blankoscheck für Ausgabenwildwuchs werden. Sie verlangen logischerweise nach verstärkter demokratischer Kontrolle. Deshalb unser Vorschlag, die Eigenmittel nur in kleinen Schritten aufzustocken.

Drittens: Neben Zöllen und Agrarabschöpfungen hat sich der Mehrwertsteueranteil als Pfeiler der gemeinschaftlichen Finanzbasis in der Vergangenheit gut bewährt. Er soll deshalb auch weiterhin im Zentrum unserer Eigenmittelbasis stehen. Der vor mehr als zehn Jahren eingeführte willkürliche 1-Prozent-Plafond soll aufgehoben und durch das flexible System des kontrollierten Ausbaus in kleinen Schritten ersetzt werden. Von 0,4 zu 0,4 Prozent – ich glaube nicht, daß dies übertrieben sei.

Viertens: Die Lasten in dem neuen System sollen gerechter verteilt werden. Wohlgemerkt: Es geht nicht um eine radikale Umverteilung, sondern um mehr Ausgeglichenheit, die uns helfen soll. Deshalb soll in dem neuen System – bis zu einem gewissen Grade – der Wohlstand in den einzelnen Mitgliedstaaten ebenso berücksichtigt werden wie ihre wirtschaftliche Dynamik und das Interesse, das sie an der bislang dominierenden und bei weitem ausgabenstärksten Gemeinschaftspolitik haben, nämlich der gemeinsamen Agrarpolitik.

Fünftens: Mehr Ausgeglichenheit im Finanzsystem der Gemeinschaft, Vermeidung von extremer Einseitigkeit bei der Lastenverteilung, das heißt für die Kommission: „Schluß mit den Sonderregelungen für einzelne Mitgliedstaaten.“ Die Reibereien um sogenannte unannehbare Situationen – um es klar zu sagen:

unacceptable situations – und ihren Ausgleich durch Ad-hoc-Maßnahmen haben uns in den letzten Jahren viel Zeit, viel Kraft gekostet. Es gab Momente, wo man den Eindruck haben mußte, daß der gesamte Entscheidungsmechanismus der Europäischen Gemeinschaft lahmgelegt war. Wir dürfen Europas Zukunft damit nicht ad aeternum belasten! Herr Bürgermeister von Dohnanyi, der sich darum so sehr bemüht hat, wird dafür, glaube ich, ein besonderes Verständnis haben. Auch deshalb die neuen Vorschläge der Kommission.

Jetzt, meine Damen und Herren, ist es an den Mitgliedstaaten, klar zu sagen, schnell zu sagen, welche Zukunft unsere Regierungen für Europa wollen, nicht nur die Verantwortung an andere abzuschlieben. Das Treffen von Stuttgart bildet dazu noch einmal, auf absehbare Zeit vielleicht zum letzten Male, eine besonders gute Gelegenheit. Deshalb richten sich heute die Blicke so vieler guter Europäer auf die Bundesrepublik. Die Bundesrepublik ist der wirtschaftlich stärkste Partner der Gemeinschaft. Sie weiß es. Ihr Wort gilt. Sie hat in diesen Monaten die Präsidentschaft im Ministerrat in Europa und hält damit die europäischen Fäden in ihrer Hand. Der Gipfel von Stuttgart wird noch unter deutschem Vorsitz stehen. Die Zeit ist also günstig, um einen Schritt vorwärts zu tun unter den gewollten Bedingungen. Einen wichtigen Schritt, der Signale setzen wird, auf die unsere Bürger schon lange – jahrelang – warten.

Lassen Sie mich hiermit schließen, meine Damen und Herren, und entschuldigen Sie, daß ich zu lange gesprochen habe. Drei Jahrzehnte Europäische Gemeinschaft haben das Gesicht Europas nachhaltig verändert. In diesen Jahren, wo man Friedenspolitik wieder entdecken wird, soll man doch daran denken, daß Europapolitik tagtäglich angewandte Friedenspolitik war und ist. Viel ist in den drei Jahrzehnten erreicht worden. Das haben wir alle zusammen geschaffen, im Innern wie nach außen. Aber viel mehr noch steht heute auf dem Spiel. Sie wissen es wie ich: Noch ist das geeinte Europa keine Realität. Aber Gott sei Dank: Es ist schon nicht mehr eine Illusion, es ist nicht mehr eine Utopie. Es ist heute mehr denn je – nicht nur für mich, auch für Sie – eine Aufgabe.

Nun, wenn die Europäische Gemeinschaft in erster Linie ein „Vernunftsbündnis“ ist, wie Helmut Schmidt es ausdrückte, dann, Herr Präsident, meine Damen und Herren, lassen Sie mich hier und heute mit aller Leidenschaft für die Vernunft plädieren, für mehr, für viel mehr Vernunft!

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

